car|pe di|em [lat. = genieße (eigtl. = pflücke) den Tag!]

REGIERUNG UND EIN MILLIARDEN-TABU

Marcus Tullius Cicero (106 - 43 vor unserer Zeitrechnung): „Der Staatshaushalt soll ausgeglichen sein. Die Schulden der Regierung müssen vermindert werden; die Arroganz der Behörden ist zu mäßigen und zu kontrollieren. Zahlungen an ausländische Regierungen sind zu verringern, wenn der Staat nicht bankrottgehen will. Das Volk muss wieder lernen zu arbeiten, anstatt von staatlicher Unterstützung zu leben."

Kommt uns irgendwie bekannt vor, nicht wahr? Man glaubt es kaum, dass dieses kluge und richtige Zitat so alt ist. Die Aussage scheint eben zeitlos richtig zu sein.

Deutschland. Das Land liegt zwar nicht am Boden, aber viele Bürger - alte und junge - hungern. Unbeachtet der Realität schwelgen Parteien wie die CDU oder die SPD im Größenwahn, verpulvern Milliarden an Steuergeldern. Im Folgenden nur zwei Beispiele.

Deutschland bleibt mit fast 13 Milliarden Euro mit großem Abstand der größte Netto-Zahler der Europäischen Union. Wofür bitte?

Die deutsche Regierung zahlt mehr als 60 Milliarden US Dollar „Entschädigung" an Holocaust- „Opfer" (jewish claims conference = JCC). In den letzten drei Jahren nochmal fast 800 Millionen Euro. Die Hilfsgelder sollen knapp 60.000 Menschen zugutekommen. Man darf doch mal fragen, wird es nicht mal Zeit, einen Schlussstrich zu ziehen?

Auch das darf mal gesagt werden: Die Abgeordneten des Bundestags haben in der ablaufenden Wahlperiode mindestens 26,5 Millionen Euro durch Nebeneinkünfte hinzuverdient. Das geht aus einer veröffentlichten Studie hervor, die von „abgeordnetenwatch" publik gemacht wurde. An der Spitze der Nebenverdiener stehen Abgeordnete von CDU und CSU.

Das Milliarden-Tabu. Über 50 Jahre ist es nun her, dass das „Deutsch-Türkische Sozialversicherungsabkommen" in Kraft getreten ist. 4 Jahre später traten auch Bosnien, Herzegowina, Serbien und Montenegro bei. Das Abkommen von 1964 besagt, dass hier lebende krankenversicherte Türken einen Anspruch darauf haben, dass ihre im Ausland lebenden Angehörigen kostenlos mitversichert werden. Trotz leerer Kassen haben Ehefrauen, Kinder und auch ELTERN im Krankheitsfall Anspruch auf Leistungen aus der deutschen Krankenversicherung. Wohlgemerkt, es handelt sich hier um türkische, serbische, bosnische usw. Staatsangehörige, die noch niemals deutschen Boden betreten haben und nicht den geringsten Bezug zu diesem Land haben! Die einzige Verbindung zu Deutschland ist ihre Kontoverbindung.... Und wer bezahlt das? Jeder deutsche Steuerzahler! Die Bevorzugung ausländischer Familienangehöriger in der kostenlosen Mitversicherung deutscher Krankenkassen widerspricht dem Gleichstellungsgrundsatz und stellt uns Deutsche erheblich schlechter als in Deutschland lebende Türken. Schließlich ist deutschen Krankenversicherten die Einbeziehung von Eltern in die Familienversicherung verwehrt. Und gerade die älteren Menschen sind es doch, die besonders krankheitsanfällig sind. In Deutschland sind die Ehefrau und ihre durchschnittlich 1 bis 2 Kinder automatisch mitversichert. Die Anzahl der Geburten unter der deutschen Bevölkerung hat sich seit 1965 halbiert. In den eher muslimischen Ländern sind neben der Ehefrau auch noch gut 6 - 8 Kinder mit zu versorgen. Und da das noch nicht genug zu sein scheint, sind so ganz automatisch die lieben Eltern auch gleich mitversichert.

In Deutschland steigen die Zusatzgebühren ständig und kaum noch eine Behandlung ist ohne Zuzahlung zu haben.... Doch das alles gilt nicht für die im fernen Ausland lebenden Anghörigen eines hier versicherten Türken. Frau, Kinderschar und Eltern, alle strahlen mit frisch renoviertem Gebiss, während man in Deutschland immer mehr Selbständige, Freiberufler und Künstler mit Zahnlücken erleben muss. Sie müssen sowohl die Krankenversicherung, Rentenversicherung als auch sämtliche Zuzahlungen aus eigener Tasche bezahlen und bei den hohen Steuersätzen und überhöhten Zahnersatzkosten ist das meist kaum zu bewältigen.

Zurück zur Steuerverschwendung. FDP-Präsidiumsmitglied Wolfgang Kubicki hat sich für gezielte Strafen bei Steuerverschwendung ausgesprochen. „Ich halte es für unausweichlich, die persönliche Haftung von Amtsträgern für offensichtliche Fehlentscheidungen mit erheblichen finanziellen Folgen für die Haushalte zu prüfen", sagte Kubicki. „Es kann nicht sein, dass Steuergelder teilweise in Milliardenhöhe verschwendet werden, ohne dass die dafür Verantwortlichen auch mit persönlichen Konsequenzen zu rechnen haben. Der Vorschlag des Bundes der Steuerzahler, den Tatbestand der Amtsuntreue ins Strafgesetzbuch aufzunehmen, sollte weiterverfolgt werden."

„IN DER POLITIK PASSIERT NICHTS ZUFÄLLIG. WENN ES DOCH PASSIERT, WAR ES SO GEPLANT. "
FRANKLIN DELANO ROOSEVELT

Während Steuerhinterziehung, also das Vorenthalten des Geldes gegenüber den Verschwendern, verfolgt und bestraft wird, ist das bei der Verschwendung nicht der Fall. Die Damen und Herren aus Politik und Verwaltung, die das schwer erarbeitete Geld zum Fenster rauswerfen, die mehr Schaden anrichten als die meisten Steuerhinterzieher, werden nicht belangt, den Straftatbestand der Steuerverschwendung gibt es nicht. Wenn es ihn gäbe, würde er vermutlich sehr zögernd angewendet, denn Staatsanwälte und Richter sind ebenfalls Beamte - und durchaus auch Begünstigte der Steuerverschwendung.

70 Prozent der Abgeordneten der im Bundestag vertretenen Parteien lehnen strengere Strafen für die Verschwendung von Steuergeldern ab. Es gäbe schon genug Kontrollen, außerdem könne man ohnehin nur schwer feststellen, wann etwas Verschwendung sei. Einzig die Linke und die AFD sind für strengere Strafen - traurig